

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags durch die APA.

Ö1 Mittagsjournal 12:00 vom 12.12.2019 12:00 Uhr

Parteien FPÖ/Parteien Die Grünen/Heinz-Christian Strache/Parteien NEOS/Parteien SPÖ/Parteien ÖVP / Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei

Ö1 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - Parlamentarismusexperte Zögernitz über Fristsetzungsanträge

Renner Franz (ORF)

Und von der ungewissen Zukunft der Wiener FPÖ und ihrer Abspaltung mit Schattenmann Strache dahinter zur Ungewissheit über die nächste Bundesregierung und welche Wellen die zuweilen schlägt, an überraschenden Orten, derzeit. Gestern Abend zum Beispiel im Nationalrat bei der letzten Sitzung vor Weihnachten, wo eine sonst unbeachtete Geschäftsordnungspetitesse für große Aufregung gesorgt hat. Grund waren zwei sogenannte Fristsetzungsanträge, die ÖVP und Grüne - sie stehen derzeit in Koalitionsverhandlungen - gemeinsam beschlossen haben. Was wiederum bei SPÖ und NEOS vor allem zu höchster Erregung geführt hat. Wir haben im Morgenjournal darüber berichtet. Was aber konkret hat die Gemüter hier so hoch gehen lassen, worum genau handelt es sich bei diesen Fristsetzungsanträgen und überhaupt, was ist in diesem Zusammenhang eine Trägerrakete. Eva Haslinger hat nachgefragt.

Haslinger Eva (ORF)

Fristsetzungsanträge kommen im parlamentarischen Alltag immer wieder vor. Laut Parlamentarismusexperten Werner Zögernitz bewirkt ein solcher Antrag folgendes.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Fristsetzungsantrag bedeutet, dass die Vorlage die befristet wird, in der der Fristsetzung folgenden Plenarsitzung des Nationalrates auf die Tagesordnung gesetzt werden muss.

Haslinger Eva (ORF)

Mit einer Fristsetzung wird es grundsätzlich möglich, Gesetze ohne Ausschussdebatte rasch im Plenum zu beschließen. Konkret gab es gestern zwei Fristsetzungen: Eine zum Budgetprovisorium und eine zum Bundesministeriengesetz. Vor allem letztere hat die Emotionen hochgehen lassen, denn es handelt sich dabei um eine sogenannte Trägerrakete.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Eine Trägerrakete bedeutet im parlamentarischen Gebrauch, dass man ein Rumpfgesetz einbringt, wenn man zum Beispiel die endgültige Formulierung noch nicht kennt, bringt man einen Teil an, den man dann durch Abänderungsanträge im Ausschuss oder im Plenum anreichert. Bis man dann endgültig weiß, wie das Gesetz lauten soll.

Haslinger Eva (ORF)

Im Bundesministeriengesetz werden die Kompetenzen innerhalb der Regierung aufgeteilt, also den einzelnen Ministerien die konkreten Aufgaben zugeschrieben.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Grundsätzlich bin ich gegen Trägerraketen, weil das die Gefahr von Schnellschüssen in sich bringt.

Haslinger Eva (ORF)

In diesem konkreten Fall sehe er aber kein allzu großes Problem, so der ehemalige ÖVP-Klubdirektor und Parlamentarismusexperte Zögernitz.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Das Bundesministeriengesetz ist quasi eine Art Geschäftsordnung der Bundesregierung in Gesetzesform. Und hier ist eigentlich die Bundesregierung am Zug, obwohl das Parlament zustimmen muss. Also in diesem konkreten Fall würde ich kein Problem sehen, dass man die Trägerrakete einbringt.

Haslinger Eva (ORF)

Sollten sich also theoretisch ÖVP und Grüne in den nächsten Wochen auf eine Regierung einigen, dann könnte diese Trägerrakete mit konkretem Inhalt befüllt, und die ausgearbeitete Regelung könnte in der nächsten Nationalratssitzung beschlossen werden.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Normalerweise findet in der Zwischenzeit eine Ausschusssitzung statt und in dieser Ausschusssitzung werden dann die Abänderungsanträge eingebracht. Sie können aber auch in der Plenarsitzung in zweiter Lesung eingebracht werden.

Haslinger Eva (ORF)

Eine solche Trägerrakete habe es auch in der letzten Gesetzgebungsperiode unter türkis-blau gegeben, so Zögernitz. Sollte es bis zur nächsten Nationalratssitzung keine türkis-grüne Koalitionseinigung geben, dann würde der Antrag wohl vertagt werden.